

«Die Deportation von Kindern ist ein besonders böses Verbrechen»

Der Internationale Strafgerichtshof habe mit dem Haftbefehl gegen Russlands Präsident Putin ein wichtiges Signal gesetzt, sagt der Völkerstrafrechtsprofessor Frank Meyer im Gespräch mit Meret Baumann. Ein Hindernis für allfällige Friedensverhandlungen sieht er darin nicht

Herr Meyer, hat Sie der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin überrascht?

Man konnte erwarten, dass etwas kommt. Aber der konkrete Zeitpunkt und auch die spezifischen Tatvorwürfe waren nicht absehbar. Um einen Haftbefehl zu erlassen, muss der Chefankläger beim ICC darlegen können, dass er hinreichende Beweise dafür hat, eine Anklage zu erheben. Die Anforderungen dafür sind hoch.

Mit der Bombardierung von Wohngebieten oder Massakern wie etwa in Butscha sind Kriegsverbrechen in der Ukraine schon länger offenkundig. Warum stellt der ICC den Haftbefehl wegen des sehr spezifischen Vorwurfs aus, der Kreml lasse ukrainische Kinder nach Russland überführen?

Ich sehe dafür drei Gründe. Erstens ist dieses Verbrechen eng eingrenzbar, und offenbar hält es der Chefankläger für möglich, eine Befehlskette bis an die Staatsspitze nachzuzeichnen. Bei Taten wie in Butscha ist es dagegen schwierig zu beweisen, ob es sich um koordiniertes Vorgehen oder Exzesse Einzelner handelt – ob also eine Steuerung von höheren Ebenen erfolgte. Für die Überführung von Kindern aus der Ukraine gibt es ein Dekret Putins, das die Adoption erleichtert. Der ICC hat zudem mit der Kinderbeauftragten Maria Lwowa-Belowa eine Person mittlerer Hierarchie ins Visier genommen. Das ist ein wichtiges Signal: Wer sich zum willigen Helfer des Regimes macht, hängt mit drin. Zweitens ist die Deportation und Russifizierung von Kindern ein für diesen Konflikt charakteristisches Verbrechen. Es ist besonders prägend und böseartig. Indem der ICC das unterstreicht, zeigt er auf, dass es sich nicht einfach um einen «normalen» kriegerischen Konflikt handelt, in dem immer Verbrechen geschehen. Und drittens ist es gewissermassen ein Stellvertreterdelikt für den Genozid. Ein solcher ist immer sehr schwierig nachzuweisen, weil es dafür eine Vernichtungsabsicht braucht. Der ICC wählte einen in eine ähnliche Richtung, aber weniger weit gehenden Vorwurf und zeigt damit den Ukrainern: Wir sehen, was passiert und dass es um euer Existenzrecht geht.

Ist es sinnvoll, dass das Gericht direkt auf Putin zielt, oder wäre es klüger, diejenigen auf tieferer Ebene zu verfolgen, die an der Front ganz konkrete Verbrechen begehen?

Der ICC ist strukturell dafür angelegt, die schwersten Delikte und dabei wiederum die hauptverantwortlichen Täter zu beurteilen. Aber man darf die einfachen Soldaten nicht mit der Ausflucht davonkommen lassen, nur Befehlsempfänger gewesen zu sein. Handeln auf Befehl ist laut dem Römer Statut kein Grund für Straffreiheit. Die Ahndung dieser Taten können aber auch ukrainische Gerichte übernehmen. Kriegsverbrechen verjähren nicht, und seit dem Zweiten Weltkrieg sind im Zusammenhang mit Grosskonflikten verschiedene Tätergruppen auch nach langer Zeit noch zur Verantwortung ge-

Professor für Strafrecht



Frank Meyer lehrt seit 2022 an der Universität Heidelberg deutsches, europäisches und internationales Strafrecht. Zuvor war er viele Jahre als Professor für internationales Strafrecht an der Universität Zürich tätig.



Aus dem Waisenhaus in Cherson haben russische Kräfte mutmasslich 46 Kinder verschleppt.

CHRIS MCGRATH / GETTY

zogen worden. Es ist typisch für das Völkerstrafrecht, dass man einen langen Atem haben muss.

Handelt es sich beim Haftbefehl nicht um einen rein symbolischen Schritt? Unmittelbar nach der Ausstellung hat Putin Mariupol besucht und den chinesischen Präsidenten Xi in Moskau empfangen.

Es ist ein Symbol für den Willen zu einer rechtlichen Aufarbeitung. Davon kann Putin nicht weglassen. Das russische Regime gefällt sich seit Jahren darin, mit dem Völkerrecht Katz und Maus zu spielen – darauf zu pochen, wenn es einem passt, und es zu ignorieren, wenn es einem nicht passt. Es ist wichtig zu signalisieren, dass es sich beim Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht um einen rechtsfreien Kampf handelt. Alles, was da passiert, hat auch eine rechtliche Dimension. Für die Breitenwirkung halte ich den Haftbefehl für sehr wichtig. Der ICC steht für über 120 Staaten – nicht nur für die wenigen westlichen Länder, die die Ukraine unterstützen.

Aber Russland argumentiert, es sei kein Vertragsstaat und der ICC sei deshalb nicht zuständig.

Für die Kriegsverbrechen, um die es hier geht, gilt das Universalitätsprinzip. Diese Taten können von jedem Staat verfolgt werden – auch von der Schweiz. Die Gerichtsbarkeit kann man aber auch an einen internationalen Gerichtshof delegieren, und das hat die Ukraine getan. Sie ist auch kein Vertragsstaat des ICC, hat sich dessen Jurisdiktion aber schon vor Jahren unterstellt. Damit geht der ukrainische Anspruch zur strafrechtlichen Verfolgung auf den ICC über und kann von diesem rechtskonform ausgeübt werden. Die Strafbarkeit der verübten Taten zählt zum Völkergewohnheitsrecht, und das ist auch für Russland bindend. Es spielt keine Rolle, ob es das Römer Statut unterzeichnet hat oder nicht. Kooperieren müssen allerdings nur Vertragsstaaten.

Wäre es für die Legitimität des ICC wichtig, auch Kriegsverbrechen seitens der Ukraine zu verfolgen? Der ICC hat immer Zuständigkeit für «Situationen», das umfasst alle Seiten eines Konflikts. Für die Ukraine ist es entscheidend, ihre eigenen Leute zur Verantwortung zu ziehen. Der ICC wird

ja nur komplementär tätig, das heisst, wenn der Territorialstaat nicht willens oder nicht fähig ist, Straftäter abzuurteilen. Wenn es auf ukrainischer Seite gezielte Rechtsbrüche gäbe, sie etwa begänge, zivile Infrastruktur in Russland anzugreifen, wäre das ein Fall für den ICC. Derzeit gibt es nur Hinweise für «normale» Kriegsverbrechen – so unsensibel das klingt. Es hat nicht die Dimension der Taten, die wir auf der russischen Seite sehen. Trotzdem ist es nicht akzeptabel, und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ist der Haftbefehl ein Hindernis für allfällige künftige Verhandlungen um eine Konfliktbeilegung? In vielen Ländern könnten solche nicht stattfinden, weil die Behörden Putin sogleich festnehmen müssten.

Es existiert tatsächlich ein Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, Frieden zu schaffen, und dem Bekenntnis des Völkerstrafrechts, Personen zur Verantwortung zu ziehen, die solche horrenden Taten begangen haben. Es gibt keinen Mechanismus, wonach das Völkerstrafrecht ruhen muss, wenn es die Chance auf Frieden gibt. Im Moment ist das aber eine theoretische Diskussion, weil es auf russischer Seite keinerlei Anzeichen für eine Konfliktlösung gibt. Angesichts des Aggressionskriegs, des möglichen Geno-

zids und all der Kriegsverbrechen sind Verhandlungen in der Tat schwer vorstellbar, aber den Haftbefehl sehe ich dabei nicht als zusätzliches Hindernis.

Gegen Sudans ehemaligen Präsidenten Omar al-Bashir wurde schon vor 15 Jahren ein Haftbefehl erlassen, aber er ist immer noch nicht nach Den Haag überliefert worden. Droht mit Putin nicht dasselbe?

Der ICC kennt keine Verfahren in Abwesenheit. In der Tat ist es denkbar, dass Putin nie überstellt wird. Wir müssen uns bewusst sein, was der ICC kann und was nicht. Er hat nun einmal getan, was er tun kann. Es wäre verfehlt zu sagen, wir hätten keine Chance, ihn zu kriegen, und konzentrierten uns deshalb wieder auf bereits im Gefängnis sitzende Afrikaner oder Syrer. Das befeuere zu Recht den Vorwurf, das Gericht zielt auf die kleinen Fische und kniefe vor den grossen. Ein Haftbefehl ist immer der erste Schritt. Jetzt hängt viel davon ab, was die Staaten machen. Bei Bashir war eines der grossen Probleme, dass er noch lange unbehelligt in Afrika reisen konnte. Wenn Putin das auch gelänge und ICC-Vertragsstaaten dem Gerichtshof die Gefolgschaft verweigerten, wäre das ein Glaubwürdigkeitsproblem und eine grosse Krise. Es ist zu früh, darüber zu spekulieren. Immerhin sitzt auch Bashir mittlerweile in Haft, und seine Auslieferung wurde zugesagt.

Weil der ICC keine Gerichtsbarkeit für das Verbrechen der Aggression hat, fordern die Ukraine und diverse andere Länder die Einrichtung eines Sondertribunals zur Beurteilung des Angriffs-kriegs an sich. Was halten Sie davon?

Mit dem ICC haben wir bereits einen Gerichtshof mit Zuständigkeit für den Ukraine-Krieg. Ein Sondertribunal droht diesen zu schwächen, auch wenn kein Kompetenzkonflikt bestünde. Aber der Angriffskrieg steht am Ursprung, er ist ein fundamentaler Verstoss gegen die zentrale Norm der internationalen Ordnung, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Garantie der territorialen Integrität. Dafür bestand schon immer universale Gerichtsbarkeit. Das mit einem eigenen Tribunal zu unterstreichen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, wäre ein ganz starkes Signal der internationalen Gemeinschaft. Es wäre auch eine klarere Botschaft etwa an China als ein Urteil des ICC. Voraussetzung ist, dass das gestützt auf ein eindeutiges Votum der Uno-Generalversammlung geschieht. Länder des globalen Südens wie Indien, Brasilien, Indonesien oder Nigeria müssten am Bord sein für ein echtes internationales Tribunal. Andernfalls ist die Legitimität von Gerichtssprüchen gefährdet, und man läuft Gefahr, einen Opfermythos zu schaffen. .

ANZEIGE

Jürg Hoss • Liquidator

Liquidation

Hotel Florhof Zürich
Infolge Umbaus gelangen im Auftrag der Besitzer die Hotel- und Restauranteinrichtungen im Detail zum Verkauf.



Details und Bilder: www.hossliquidator.ch

Freie Besichtigung und Verkauf:

Mittwoch, 29. März bis Freitag, 31. März 2023

jeweils von 9.00 bis 17.00 Uhr

Florhofgasse 4, 8001 Zürich

www.hoss-liquidator.ch

Myanmars Juntachef droht mit noch mehr Gewalt

General Min Aung Hlaing kündigt ein gnadenloses Vorgehen gegen bewaffnete Milizen und die Opposition an

MANFRED RIST, SINGAPUR

In Naypyidaw zelebriert man den 78. Jahrestag der Gründung der myanmarischen Armee, die gegen Ende des Zweiten Weltkriegs an der Seite der Briten gegen die japanischen Invasoren kämpfte. Zu feiern gibt es jedoch schon seit Jahren nichts mehr: Die Streitkräfte des verarmten südostasiatischen Landes stehen in einem erbitterten Kampf gegen die eigene Bevölkerung.

Am Montag hat General Min Aung Hlaing anlässlich einer Militärparade in der Hauptstadt Naypyidaw mit der vollständigen Vernichtung der bewaffneten Widerstandsgruppen gedroht. Die Rede des sonst so wortkargen Putschgenerals verheisst für 2023 ein Andauern des Bürgerkriegs, weiteres Elend und die Fortsetzung des nationalen Zerfalls. Sie ist auch ein Eingeständnis dessen, dass die Armee trotz erdrückender Militärmacht die Lage nicht unter Kontrolle hat.

Die Angaben der Rebellorganisationen, wonach sie unter Einschluss der nach dem Putsch geformten Milizen mittlerweile bis zur Hälfte des Territoriums kontrollieren, dürften zwar übertrieben sein. Aber die zahlreichen Überfälle auf Militäreinheiten und die sukzessive Ausweitung des Kriegsrechts auf die grösseren Städte zeigen, dass die Armee inzwischen auch im myanmarischen Kernland, das sie als ethnische und kulturelle Wiege der Nation sieht, unter Druck steht.

«Geiselnhaft für 54 Millionen»

Die gegenwärtige Lage beschrieb der Uno-Sonderberichterstatter für Myanmar, Tom Andrews, kürzlich als Geiselnhaft für insgesamt 54 Millionen Menschen, deren Lebensgrundlagen zerstört würden. Deren Idol, die mittlerweile 77-jährige Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, ist zu Haftstrafen von kumuliert 33 Jahren verurteilt worden und wird vermutlich als tragische Märtyrerin in die Geschichte eingehen.

Von aussenpolitischen Pressionen auf das Regime ist derweil trotz allem wenig zu spüren. Russland und China, die an der Truppenparade mit offiziellen Vertretern Präsenz zeigten, waren dort auch mit modernen Waffen zugegen. Moskau und Peking halten nämlich der Militärdiktatur nicht nur in der Uno die Stange, sondern rüsten sowohl die Streitkräfte als auch die Überwachungsbehörden



In der Hauptstadt Naypyidaw nimmt General Min Aung Hlaing eine Militärparade ab. (Bild von 2021.)

REUTERS

auf. Dazu gehören chinesische Flugzeuge für den Erdkampf wie auch russische Kampfhelikopter vom Typ Mi-25 und Mi-35. Beide Mächte verfolgen in Myanmar strategische Interessen, die die Militärunta bisher geschickt ausbalancieren konnte.

Während die Luftwaffe in früheren Jahren gegen die ethnischen Rebellen in den Grenzgebieten nur sporadisch Luftangriffe durchführte, gehört der Einsatz der modernisierten Flotte inzwischen zur Tagesordnung. Wie brutal die Streitkräfte dabei vorgehen, zeigt ein Luftangriff während eines Konzerts im Gliedstaat Kachin, bei dem im vergangenen Oktober 60 Personen getötet wurden. Weil sich die Luftangriffe auf bewohnte Gebiete häufen, haben die Vereinigten Staaten in der vergangenen Woche ihre wirtschaftlichen Sanktionen verschärft.

An der Absicht der Militärführung, den Widerstand um jeden Preis zu brechen, ist nicht zu zweifeln: zum entspre-

chenden Repertoire gehört auch die Vollstreckung von Todesurteilen gegen Regimegegner. Ob ihr das in diesem Jahr gelingt, steht aber auf einem anderen Blatt. Die öffentlichen Protestaktionen, die vor zwei Jahren Millionen im ganzen Land zu mobilisieren vermochten, sind zwar durch Verhaftungen, Folter und andere Repressionen praktisch erstickt worden. Aber der Hass der Bevölkerung auf die Armeeführung ist ungebrochen.

Wahlen sind illusorisch

Über die wahre Stärke der bewaffnete Opposition, die als rechte Hand der Exilregierung NUG operiert, als People's Defence Force (PDF) auftritt und die Luftangriffe auf bewohnte Gebiete häufen, haben die Vereinigten Staaten in der vergangenen Woche ihre wirtschaftlichen Sanktionen verschärft.

Nach Angaben von U Yee Mon, dem nominellen Verteidigungsminister der NUG, operieren unter dem Schirm der

PDF 50 000 bis 100 000 Kämpfer. Damit gelingt es dem Widerstand offenbar immerhin, gegnerische Truppen fernzuhalten, deren Bewegungen einzuschränken und Kräfte im Kernland zu binden, die der Armee in den Grenzgebieten im Kampf gegen die traditionellen Rebellverbände fehlen.

Unklar ist, ob die martialische Botschaft des Oberkommandierenden bereits als Aufschub der ursprünglich für diesen Herbst geplanten Wahlen zu verstehen ist. Als «demokratisch» oder «fair» würden diese ohnehin nicht eingestuft werden können. Zum einen, weil die in der Vergangenheit stets siegreiche NLD vom Militärregime als «terroristische Organisation» eingestuft ist. Zweitens weil ein geordneter Umrennung ohne Waffenstillstand illusorisch ist. Drittens weil es den Militärs ohnehin bloss um ein demokratisches Mäntelchen ginge und sie nicht im Entferntesten daran denken, die Macht abzugeben.

Ein früherer Präsident Taiwans reist nach China

Ma Ying-jeou sagt, er wolle Frieden stiften – in seiner Heimat löst sein Besuch vor allem Skepsis aus

PATRICK ZOLL, TAIPEH

Taiwans ehemaliger Präsident Ma Ying-jeou ist zu einem zwölfstägigen Besuch in China eingetroffen. Es ist das erste Mal, dass ein Präsident der Republik China, wie Taiwan offiziell heisst, die Volksrepublik China besucht, welche seit 1949 über das chinesische Festland herrscht. Dies ist möglich, weil Ma Partei Kuomintang (KMT) wie ihr einstiger Gegner im chinesischen Bürgerkrieg, die Kommunistische Partei Chinas, fest für das Ein-China-Prinzip einsteht.

Ma, der von 2008 bis 2016 Staatspräsident Taiwans war, bezeichnet die Reise als privat. Er besucht unter anderem die Gräber seiner Vorfahren in der Stadt Changsha – in den Zeitraum seiner Reise fällt das Qingming-Fest, bei dem Chinesen ihre Ahnen gedenken. Mit dem Ex-Präsidenten reisen rund dreissig Personen, eine Mitstreiter und eine Gruppe von Studenten. Er hoffe, mithilfe dieser jungen Menschen die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Strasse von Taiwan zu verbessern,

sagte Ma bei der Abreise in Taipeh, damit schneller Frieden einkehren könne. Auf Mas Reiseprogramm stehen vor allem Orte, die im Zweiten Chinesisch-japanischen Krieg zwischen 1937 und 1945 eine Rolle gespielt haben. Damals kämpften Truppen der KMT gemeinsam mit den Kommunisten gegen die japanischen Invasoren. Hier deckt sich die Geschichtsschreibung der beiden chinesischen Parteien.

Fokus auf Japan

Neben den Städten Wuchang und Chongqing will Ma auch Nanjing besuchen. Dort steht das Mausoleum für Sun Yat-sen, den Gründer der Republik China, der auch in der Volksrepublik geehrt wird. Ab 1928 war Nanjing die Hauptstadt Chinas. Als japanische Truppen 1937 die Stadt einnahmen, verübten sie schwerste Kriegsverbrechen. Historiker schätzen, dass zwischen 20 000 und 400 000 Chinesen von den Japanern ermordet wurden.

Kritiker in Taiwan monieren, dass Ex-Präsident Ma nur Orte besucht, die

für den Kampf gegen Japan stehen. Die Schlachtorte des Bürgerkriegs – in dem sich die KMT und die Kommunisten gegenseitig bekämpften – werden ausgeblendet. Der Fokus auf den Kampf gegen Japan ist auch insofern problematisch, als Japan heute einer der wichtigsten Partner Taiwans ist.

Laut der Stiftung von Ma Ying-jeou sind keine Treffen mit hohen chinesischen Politikern angesagt. Allerdings liess sie vor einigen Tagen verlauten, dass es «Sache des Gastgebers» sei, wen Ma treffen werde. Wenig wahrscheinlich ist eine Wiederholung der Zusammenkunft mit dem chinesischen Partei- und Staatschef Xi Jinping. Sie trafen sich 2015 in Singapur, als Ma noch im Amt war. Für ein Treffen mit Xi in China müsste Ma wohl nach Peking reisen, doch die Hauptstadt steht nicht auf seinem Programm.

Für einige Verstimmung in Taiwan sorgt der Zeitpunkt von Mas Reise. Einesseits hat Peking Taipeh gerade einen diplomatischen Alliierten abgeworben: Honduras. Andererseits macht Präsidentin Tsai Ing-wen in den nächs-

ten Tagen auf dem Weg nach Lateinamerika Zwischenstopps in New York und Los Angeles. Die Präsidentin muss nun mit ihrem Vorgänger um Aufmerksamkeit buhlen.

Für Anbindung ans Festland

Ma stand zweimal an der Spitze der KMT, doch heute hat er keine Führungsposition mehr in der Partei. Er kann also weder im Namen der Partei sprechen noch im Namen Taiwans. Offiziell steht die KMT hinter ihm, doch gleichzeitig versucht sie, als nicht allzu chinafreundlich gesehen zu werden. Eric Chu, der jetzige Parteivorsitzende, zeigt sich in den letzten Tagen demonstrativ mit Delegationen aus den USA und Japan, die in Taiwan zu Besuch waren.

In der Amtszeit von Ma Ying-jeou zwischen 2008 und 2016 waren die Beziehungen zwischen Taiwan und dem Festland so eng wie nie seit 1949, als die KMT auf die Insel floh. Ma setzte auf enge wirtschaftliche Verbindungen mit der Volksrepublik – ein geplann-

IN KÜRZE

Ungarn ratifiziert Nato-Beitritt von Finnland

(dpa) · Nach mehrfachen Verschiebungen hat das ungarische Parlament mit überwältigender Mehrheit das Nato-Beitrittsprotokoll für Finnland ratifiziert. 182 Abgeordnete stimmten am Montagabend für die Annahme, sechs dagegen. Damit steht nur noch die Zustimmung der Türkei aus. Das analoge Beitrittsprotokoll für Schweden hat das ungarische Parlament zwar debattiert, die Abstimmung darüber aber noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban scheint sich eng mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zu koordinieren. Ankara hatte nach langem Zögern jüngst angekündigt, Finnland grünes Licht geben zu wollen. Den Beitritt Schwedens blockiert die Türkei jedoch.

Berlin und Den Haag vertiefen Militärkooperation

(dpa) · Deutschland und die Niederlande treiben die Verzahnung ihrer Streitkräfte weiter voran. An diesem Donnerstag soll eine dritte Brigade der Niederlande dem Deutschen Heer zugeordnet werden, wie am Montag kurz vor den deutsch-niederländischen Regierungskonsultationen in Rotterdam bekannt wurde. Dieser Schritt werde «einen weiteren Meilenstein unserer Zusammenarbeit bilden», hiess es anschließend in einer gemeinsamen Erklärung beider Regierungen. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte, diese Integration der beiden Streitkräfte sei einzigartig in Europa. «Mit der Unterstellung der niederländischen 13. Leichten Brigade werden alle Brigaden des niederländischen Feldheeres den Divisionen des deutschen Heeres unterstellt sein», teilte die Bundeswehr mit. Die militärische Integration ist keine Einbahnstrasse: Deutschland und die Niederlande vereinbarten 2016 die schrittweise Integration des Seebattillons der Deutschen Marine in die Königlich Niederländische Marine.

Erneut Streiks und Proteste in Frankreich geplant

(dpa) · In Frankreich haben die Gewerkschaften für diesen Dienstag erneut zu Streiks und Kundengehen gegen die umstrittene Rentenreform von Präsident Emmanuel Macron aufgerufen. Für den zehnten landesweiten Protesttag rechneten die Behörden mit rund 650 000 bis 900 000 Teilnehmern. In Paris forderte die Polizei Ladenhinhänger dazu auf, ihre Geschäfte entlang der Demonstrationsroute zu schliessen.

Freihandelsabkommen führte 2014 dann aber zu grossen Protesten. Die Demonstranten befürchteten, zu stark abhängig von China und damit erpressbar zu werden. Als Mas Amtszeit zu Ende ging, war sein Annäherungskurs gegenüber Peking praktisch zum Erliegen gekommen.

Die kommunistische Regierung verweigerte jeglichen Kontakt mit Mas Nachfolgerin Tsai. Ihre Demokratisch-Progressive Partei (DPP) ist China gegenüber deutlich kritischer eingestellt als die KMT. Peking sieht die DPP als Sezessionisten. Darum setzt es auf den Kontakt zur KMT, selbst wenn diese in der Opposition ist. Im Februar besuchte eine KMT-Delegation China, gleichzeitig kamen chinesische Vertreter nach Taiwan.

Peking scheint darauf zu hoffen, dass bei den Wahlen im Januar die KMT das Präsidentenamt zurückerobert wird. Ob damit an Mas Politik angeknüpft werden könnte, ist allerdings fraglich. Seither ist Xi China deutlich autoritärer geworden, die Abwehrflexe im demokratischen Taiwan sind gewachsen.